

Aus dem Revolutionshelden Daniel Ortega wird ein Diktator

Seitdem in Nicaragua wieder der legendäre Sandinistenführer regiert, gibt es immer häufiger Misswirtschaft und Übergriffe gegen Oppositionelle. Selbst die Lokalwahlen waren gefährdet.

Von **Sandro Benini, Mexico City**

Mehrere Tage lang war es ungewiss, ob in Nicaragua am 9. November wie geplant Gemeindewahlen stattfinden würden. Vergangene Woche hatte ein hochrangiger Vertreter der Wahlbehörde erklärt, seine Institution besitze schlicht zu wenig Geld, um den Urnengang durchzuführen. Erst ein kurzfristig vom Parlament in Managua bewilligter Notkredit setzte der Unsicherheit ein Ende.

Der Vorgang ist bezeichnend für die prekäre Lage, in die das ärmste Land Mittelamerikas geraten ist: Nicaraguas Institutionen sind verfilzt und ineffizient, die Demokratie leidet unter den autoritären Anwendungen der Obrigkeit, ein Korruptionsskandal jagt den anderen. Verkörpert wird der permanente Notstand ausgerechnet von jenem Mann, der dank seines erfolgreichen Kampfes gegen den Diktator Anastasio Somoza und die von den USA unterstützten Contra-Rebellen in den 80er-Jahren als internationale Lichtgestalt galt: Daniel Ortega. Nachdem der Sandinistenführer Nicaragua zwischen 1985 und 1990 regiert hatte, kehrte er im Januar 2007 auf demokratischem Wege an die Macht zurück. Seither beobachten seine einstigen in- und ausländischen Bewunderer mit Schrecken, wie der 63-jährige Staatschef die politischen Ideale des Sandinismus einem unbezähmbaren Machttrieb opfert.

Willfährige Justiz

Die nicaraguanische Justiz ist zur willfährigen Erfüllungsgehilfin der Regierung verkommen und hat zwei Parteien unter fadenscheiniger Begründung von den Gemeindewahlen ausgeschlossen. Die von Ortegas Ehefrau Rosario Murillo beherrschten Bürgerräte, Consejos del Poder Ciudadano, kontrollieren das Land bis in entlegenste Winkel, wobei sie die Bevölkerung mit einer Schamlosigkeit aus-schnüffeln, die an die Komitees zur Verteidigung der Revolution auf Kuba erinnert.

Nachdem offizielle Medien den oppositionellen Journalisten Carlos Fernando Chamorro wochenlang als Drogenhändler, Geldwäscher und Mafioso geschmäht hatten, stürmte die Polizei am 12. Oktober dessen Thinktank. Vergangene Woche forderte selbst der sandinistische Bürgermeister der Hauptstadt Managua die Re-



BILD AP/KEYSTONME

Sandinistenführer D. Ortega 1981.

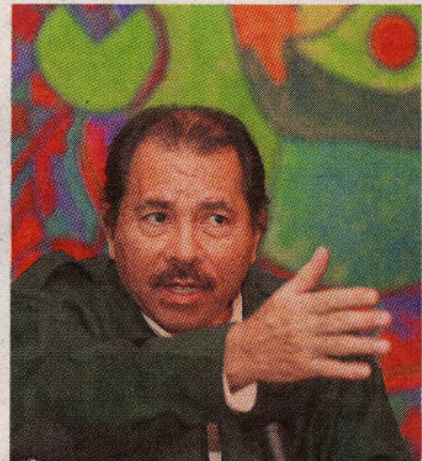


BILD OSWALDO RIVAS/REUTERS

Nicaraguas Präsident Ortega 2008.

gierung auf, ihre ständigen Übergriffe gegen Kritiker einzustellen.

Um seine Macht abzusichern, hat Ortega gleich zwei unheilige Allianzen geschlossen. Schon 1999 ging er einen Pakt mit dem damaligen konservativen Präsidenten Arnoldo Alemán ein. Dieser wurde zwar später rechtskräftig wegen Korruption verurteilt, durfte seine Strafe jedoch zu Hause absitzen und willigte ein, die Pfünden der Macht mit den Sandinisten zu teilen.

Ferner hat sich Ortega die katholische Kirche fügsam gemacht, indem er seine einstige ideologische Gegnerin mit einem der weltweit schärfsten Abtreibungsgesetze köderte. Dagegen protestieren nicht nur Frauenorganisationen, sondern auch Ortegas Stieftochter Zoilamérica Narváez. Sie beteuert ausserdem, vom Sandinisten-

führer jahrelang sexuell missbraucht worden zu sein.

Fast alle historischen Exponenten der sandinistischen Bewegung haben sich inzwischen von Ortega abgewendet – etwa der Priester und ehemalige Kulturminister Ernesto Cardenal, der Schriftsteller Sergio Ramírez oder die Ex-Guerillera Dora María Téllez, die 1978 als Anführerin des legendären Sturms auf den Nationalpalast in die Geschichtsbücher eingegangen ist. Um gegen die diktatorischen Allüren ihres früheren Mentors zu protestieren, trat sie vor einigen Monaten in einen 12-tägigen Hungerstreik. Die von abtrünnigen Sandinisten gegründete Partei Movimiento Renovador Sandinista gehört zu den politischen Kräften, welche dem kürzlich verhängten Verbot zum Opfer fielen.

Auch europäische Regierungen knüpfen ihre grosszügige Entwicklungshilfe zunehmend an die Bedingung, mit dem Aushebeln der Demokratie müsse Schluss sein. Ortegas Antwort besteht aus Schmähreden, denen ein beachtlicher Teil der Bevölkerung nach wie vor zujubelt. Da er vom venezolanischen Gesinnungsgenossen Hugo Chávez jährlich rund 500 Millionen Dollar an Hilfgeldern erhält, kann er sich solche Unverfrorenheit leisten.

Keine internationalen Beobachter

Es ist zweifelhaft, ob es sich bei den Gemeindewahlen vom 9. November noch um eine demokratische Ausmarchung handelt und ob die Regierung eine allfällige Niederlage akzeptieren würde. Internationale Beobachter duldet sie jedenfalls keine, und bereits werkelt Ortega an einer Verfassungsänderung, die ihm im Jahre 2012 die Wiederwahl ermöglichen soll. Ernesto Cardenal schrieb kürzlich: «Daniel Ortega ist nicht der Sandinismus. Er ist sein Veräter.»



Fläche: 129 494 km²

Einwohner: 5,8 Mio., davon 69% Mestizen, 17% Weisse, 9% Schwarze, 5% Indios (2008)

Religion: 58,5% Katholiken, 21,6% protestantische Religionsgemeinschaften, 19,9% Andere

Analfabetenrate: 32,5% (Schätzung 2003)

Regierungsform: Präsidentschaftsrepublik

Pro-Kopf-Einkommen: 3200 Fr. pro Jahr (2007)

Armutsrate: 48%

TA-Grafik kmh